

Alarmstufe Braun

Frederic Spohr

Wie viel Wirtschaftskrise hält unsere Demokratie aus? Immer mehr Forscher stellen sich diese Frage. Ihre Antworten beunruhigen.

Der Mann hat einen Riecher für die ganz großen Themen. Als einer der Ersten redete Meinhard Miegel schon Ende der 70er-Jahre über die Verkrustungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Früher als die meisten anderen warnte er auch vor der explodierenden Staatsverschuldung, ebenso wie vor der Überalterung der Gesellschaft. Wenn Miegel sich auf einen neuen Trend stürzt, lohnt es sich hinzuhören.

Seit zwei Jahren beschäftigt sich der Bonner Sozialwissenschaftler mit einer unbequemen Frage: Wie wichtig ist Wirtschaftswachstum für die politische Stabilität? Und was passiert mit der Gesellschaft, falls unser Wohlstand in Zukunft stagnieren sollte? Im Sommer 2008 stand Miegel mit diesem Thema ziemlich allein auf weiter Flur. Dann ging die Investmentbank Lehman Brothers pleite, und die Weltwirtschaft fiel in die tiefste Krise seit der Großen Depression.

Die historische Erfahrung zeigt: Finanzkrisen belasten das Wachstum über viele Jahre - eine schnelle Rückkehr der wirtschaftlich goldenen Jahre ist daher unwahrscheinlich. Gleichzeitig gewinnen in Ländern wie Ungarn und den Niederlanden Rechtspopulisten immer mehr Wählerstimmen.

Was bedeutet all das für unser politisches System? Wie viel Krise verkraftet unsere Demokratie? Diese Fragen gehören nun plötzlich wieder zu den Topthemen für Volkswirte und Politikwissenschaftler. Immer enger arbeiten die beiden Disziplinen zusammen.

Ihre empirischen Studien kommen zu beunruhigenden Ergebnissen. Kurze Wirtschaftsabschwünge können die westlichen Demokratien zwar ohne größere Probleme wegstecken. Wenn sich aber ein Abschwung zu einer Dauerkrise ausweitet, wird es brisant. „Längere Perioden mit hoher Arbeitslosigkeit gefährden die Demokratien“, lautet das Fazit der Wirtschaftswissenschaftler Duha Altindag und Naci Mocan.

Wer länger ohne Job ist, ändert seine Einstellung

Die Ökonomen der Louisiana State University haben Umfragen unter mehr als 130 000 Menschen in 69 Ländern ausgewertet und festgestellt: Die Wertschätzung der Demokratie hängt stark von der Dauer der Arbeitslosigkeit ab. Arbeitslose, die erst seit sechs Monaten einen Job suchen, unterscheiden sich in ihren politischen Grundüberzeugungen kaum von Erwerbstätigen.

Wer aber länger als ein Jahr ohne Job ist, bei dem ändert sich die politische Einstellung dramatisch. „Diese Leute zweifeln an der Effizienz der Demokratie und sehnen sich nach einem starken Führer, der nicht auf parlamentarische Mehrheiten angewiesen ist“, schreiben Altindag und Mocan. Je geringer Bildungsniveau und Vermögen, desto ausgeprägter dieser Effekt.

Ohne Wachstum keine politische Stabilität - von diesem Zusammenhang ist auch der Harvard-Ökonom Benjamin Friedman überzeugt. Steigender materieller Wohlstand sei Voraussetzung für quasi jede Form von gesellschaftlicher Weiterentwicklung, argumentiert er in seinem Buch „The Moral Consequences of Economic Growth“.

Demokratische Werte, Toleranz, Fairness und Barmherzigkeit, seien eine Funktion des Wirtschaftswachstums. „Wenn eine Gesellschaft materiellen Fortschritt erreicht, ermöglicht ihr das, auch auf anderen Gebieten Fortschritte zu machen“, schreibt Friedman. „Wenn es zur Stagnation kommt, führt das auch auf anderen Feldern zu Stillstand oder Rückschritt.“

Friedman begründet seine These mit der Erkenntnis, dass vor allem der relative Status für Zufriedenheit und Motivation der Menschen entscheidend ist. Der Mensch müsse darauf hoffen können, dass es ihm bald besser gehe. In einer längeren Wirtschaftskrise gehe genau diese Hoffnung verloren. Wir würden verbittert, intolerant und empfänglich für die Botschaften radikaler Parteien.

Aber wie stark ist dieser Zusammenhang? Die Ökonomen Hans Peter Grüner aus Mannheim und Markus Brückner aus Barcelona haben versucht, diese Frage mit ökonomischer Präzision zu beantworten. Sie werteten Umfrageergebnisse und Wirtschaftswachstum aus 16 Industrieländern für die Jahre 1970 bis 2002 aus und stellten fest: Wenn das Wirtschaftswachstum um einen Prozentpunkt geringer ausfällt, legen rechtsextreme Parteien parallel dazu in Meinungsumfragen um etwa einen Prozentpunkt zu.

Immerhin: Die Zahlen deuten nicht darauf hin, dass ähnliche politische Umwälzungen wie in den 30er-Jahren unmittelbar bevorstehen. Dafür ist die Krise noch nicht tief genug. Allerdings könne sich die gesamte politische Landschaft verschieben, warnt Grüner. „Auch kleine Veränderungen haben eine Wirkung.“ Denn Extremisten, die Rückenwind spüren, würden die Entscheidungen der gemäßigten Parteien beeinflussen. „In Frankreich konnte man klar beobachten, wie sich Chirac und Sarkozy gelegentlich in ihrer Rhetorik an den Radikalen Le Pen anpassen.“

Den Dresdener Extremismus-Forscher Uwe Backes überzeugen solche mechanistischen Schätzungen nicht. Die Wirklichkeit sei weit komplexer. „Viel hängt von der Qualität des Parteienangebotes ab“, ist Backes überzeugt. „Die Parteien brauchen eine gute Organisation und charismatische Führer.“ Danach entscheide sich auch, ob linke oder rechte Parteien von den Abschwüngen profitierten. Die potenziellen Wähler beider

Lager ähneln sich sehr und haben fast die gleichen Motive, ihre Stimme einer extremen Partei zu geben. Fakt ist: Anfällig für die Parolen linker oder rechter Extremisten sind nicht nur die Arbeitslosen, sondern vor allem auch die Menschen, die Angst vor dem Jobverlust haben.

In ihrer Unsicherheit tendieren viele Beschäftigte dazu, ihr Kreuzchen bei einer populistischen oder extremen Partei zu machen. Ein Phänomen, das auch den Nationalsozialisten zur Macht verholfen hatte, ist der Dresdener Extremismus-Forscher Eckhard Jesse überzeugt. „Mittlerweile gilt als relativ gesichert, dass vor allem Menschen, die Angst vor Arbeitslosigkeit hatten, die Nationalsozialisten wählten“, sagt er. „Wer bereits arbeitslos war, wählte eher die Kommunisten.“

Parteien profitieren in unterschiedlichem Ausmaß

Meist profitieren extreme Parteien durch die Abschwünge nur kurzfristig. Jesse: „Die Leute wählen aus Frust, aber weniger aufgrund ihrer ideologischen Überzeugung“. Das Wahlverhalten sei flatterhaft. „Man ist enttäuscht und beginnt, über die etablierten Parteien zu schimpfen.“

Je nach Charakter des Abschwungs profitieren zudem unterschiedliche Arten von Randparteien, haben die Wissenschaftler Ralph Rotte und Martin Steininger festgestellt. Die Forscher untersuchten am Beispiel der Hamburger Wahlergebnisse zwischen 1996 und 2005, welche Faktoren im Detail das Abschneiden von radikalen Randparteien beeinflussen. „Je rechtsextremere eine Partei ist, desto geringer der Einfluss der Wirtschaftslage“, so Rotte. „Ideologische Faktoren spielen eine größere Rolle.“ So habe die extrem ideologische NPD kaum von steigender Arbeitslosigkeit profitiert. Die Hemmschwelle bei den Wählern war zu groß. Kürzere Krisen nützen eher Typen wie Ronald Schill - Populisten, die Politikverdrossenheit aufgreifen und „Law and order“-Parolen verbreiten, aber keine gefestigte ideologische Basis haben.

Was folgt für die konkrete Wirtschaftspolitik aus dem Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen und politischen Krisen? Die Antwort darauf ist unter den Forschern umstritten. Der Bonner Sozialwissenschaftler Miegel ist überzeugt: Das Wachstum wird in Zukunft unweigerlich geringer ausfallen. Daher müsse sich die Gesellschaft unabhängiger von materiellem Wohlstand machen. Harvard-Professor Friedman zieht genau den umgekehrten Schluss: Wachstum habe so viele positive Nebenwirkungen, dass der Staat es noch viel stärker fördern müsse.

Die Wachstumsrate, die sich durch das Spiel von Angebot und Nachfrage ergebe, sei zu gering. Eine Wirtschaftspolitik des reinen Laissez-faire sei aus moralischen Gründen abzulehnen.

Der Autor ist Volkswirt und arbeitet derzeit als freier Journalist. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com